Nr. 31. — Nr. 31. 4. Jahrgang

…och, den 6. Februar 1867. — Danzig, Mittwoch, den 6. Februar 1867.

…glich mit Ausnahme der Sonn- und Fest-… …ost-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese …g: die Expedition, der Westpreußischen Zei-… Vierteljährlicher Abonnements-Preis: …allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr. …bonnements 12½ Sgr.

Mit Gott für König und Vaterland — FR — SUUM CUIQUE

Insertions-Gebühren: die Petit-Spaltzeile oder deren Raum 1 Sgr.
Inserate nehmen an:
…n Berlin: A. Retemeyer's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2,
in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler,
in Leipzig: Illgen & Co.,
in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hundegasse 70.
Einzelne Nummern 1 Sgr.

West-Preußische Zeitung.

Die Wandlungen des Liberalismus in Preußen.

IV.

Nachdem im Herbst v. Js. die preußische Volksvertretung mit seltener Einstimmigkeit dem gegenwärtigen Ministerium Indemnität für die budgetlos geführte Staatsverwaltung, eine große Anleihe zur beliebigen Aufnahme und den Feudalsten aller Feudalen, den Ministern Graf Bismarck und von Roon, aus freien Stücken eine außerordentliche Nationalbelohnung votirt hat, wird es zur Charakteristik der Demokratie nicht uninteressant sein, zu hören, wie sich dieselbe bisher gegen dasselbe Ministerium stellte, wie es die von diesem Ministerium erstrebte Einheit Deutschlands und Größe Preußens unterstützte.

Sein Eintritt 1862 wurde von der ganzen demokratischen Maschinerie in Volksversammlungen, städtischen Vertretungen, Abgeordnetenhaus und Presse mit einem wahren Wuthgeheul begrüßt. Eins der anständigsten Organe des Liberalismus, die Magdeburger Zeitung (Fischel) schrieb im September 1862: „Herr v. Bismarck wird wohl nicht der Alte von 1850, aber doch der unverwüstliche preußische Landjunker geblieben sein.“ (Der „unverwüstliche Landjunker“ hat, beiläufig bemerkt, am 15. April 1850 in der 11. Sitzung des Volkshauses zu Erfurt den Antrag gestellt, dem König von Preußen allein die Attributionen eines constitutionellen Fürsten beizulegen, das sog. Fürsten-Collegium zu beseitigen und durch ein Staatenhaus mit einem Stimmenverhältniß wie beim jetzigen Norddeutschen Bunde zu ersetzen.)

Als Herr v. Bismarck in einer Commissionssitzung, Oktober 1862, den berühmten Ausspruch that: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Blut und Eisen“ — schrieb Dr. Fühling, Mitredacteur der „Kölnischen Ztg.“ und noch heute in's Abgeordnetenhaus gewählt, um für sein Blatt die Ohren zu spitzen: „Hier sprudelte etwas (!) Geist, aber als man dazu kam, nach ruhiger Ueberlegung zu kosten, da war es kein Wein, höchstens Soda. Je länger der Minister sprach, desto schärfer trat der Gegensatz hervor zwischen der ernsten sachlichen (!) Art, mit der gerade die Budgetkommission die Sache des Landes gefördert (!) hat und diesem reichlich mit Fremdwörtern gezierten Geplauder.“ (!) — Wie macht sich das heute, wo eine Rede des Grafen Bismarck ein Ereigniß für Preußen und Europa ist?

Das confiscirte Heft des ungemein verbreiteten Werkes „Unsere Zeit, Fortsezzung des Brockhaus'schen Conversationslexicons“ endlich sagte in einem biographischen Artikel über den Ministerpräsidenten, Ende 1863: „Nur eins ist gewiß: daß die in den Gefahren und Kämpfen gestählte Volkspartei von ihrem Recht nicht weichen wird. Bismarck vermag nicht conservativ-liberal zu sein, und es kann ihm deshalb auch niemals gelingen, eine Verständigung der Parteien hervorzubringen und dem Königthum dazu zu verhelfen, daß es im Frieden mit dem Volke lebt.“ Dieser liberale Prophet ist schmählich zu Schanden worden — November 1866 rief er selbst: „Heute ist der Grundzug dieser Politik klar zu Tage getreten und die scheinbaren Inconsequenzen, die sich eine Reihe von Jahren hindurch in Bismarck's Politik bemerkbar machten, gleichen nur noch dem Staubwirbel vor dem nachfolgenden Gewitter.“

Soweit die Presse in ihren gemäßigtsten Aeußerungen — nun die Herren Abgeordneten!

Schulze-Delitzsch, 7. Oktober 1862: „Die große Action, die man Herrn von Bismarck zuschreibt, wird sich nur zu einer neuen Aera der Reaction gestalten.“

Simson (ein Altliberaler), Februar 1863: „Das Ministerium treibt eine Seiltänzer-Politik.“

v. Sybel (ein Professor!) 11. Mai 1863: „Der Krigsminister darf sich nicht auf den Patriotismus berufen; Niemand hat weniger Recht dazu, da er dazu beigetragen hat, den Rechtszustand des Landes zu erschüttern.“ — Herr von Roon nannte diese Redensart — und heute giebt ihm darin Jeder Recht — eine „unberechtigte Anmaßung“. Damals aber veranlaßte dies, nach solchen Vorgängen höchst gemäßigte Wort eine Adresse des Abgeordnetenhauses vom 22. Mai 1863, in welcher es heißt: „Se. Maj. dürfe nicht länger zögern die Personen und das System zu beseitigen, welche Thron und Land in's Verderben zu stürzen drohen.“ — Und wenn unser König dieser illoyalen Forderung Gehör gegeben, was wäre aus Preußen geworden?

Waldeck im Januar 1863: „Es ist eine elende Entschuldigung für einen Minister, seine unzulässigen Handlungen durch den Befehl des Königs zu decken.“ — „Lüge und Servilität bleibe fern vom Thron. — Eröffnet sich jetzt der Abgrund der Verfassungsverletzung, erhebt sich der Absolutismus wieder und tritt die Verfassung mit Füßen, so haben wir wenigstens unsere Schuldigkeit gethan.“ — Februar 1863: „Für frivole Pläne ist das Blut der preußischen Staatsbürger nicht da, es soll nicht in die Schanze geschlagen werden nach Belieben des jetzigen Ministeriums.“ — Wenn der Mann heute nicht roth wird über seine eigenen Aeußerungen, so kann er überhaupt nicht mehr roth werden.

Die Demokratie rechnet auf das bekannte schlechte Gedächtniß aller Zeitungsleser und es ist daher sehr nöthig, dasselbe durch solche Erinnerungen aufzufrischen. Es stehen uns noch sehr zahlreiche zu Gebote. Wir könnten allein aus den Anfang- und Schlußreden des ehemals „allverehrten“ Präsidenten Grabow eine Geschichte des Liberalismus der letzten vier Jahre construiren, vor der Jeder Andere als eben ein Demokrat sein Haupt in der Wüste verbergen möchte. Wir könnten erinnern an die wiederholten „Null- und Nichtigkeits-Beschlüsse“ des Abgeordnetenhauses (Antragsteller von Forkenbeck), an die „allgemeine Landestrauer“ im Sommer 1863, an die Bedrohung der „unabhängigen Wähler“ mit Kundschaftsentziehung, an die Subscriptionslisten zur Abschaffung derjenigen Zeitungen, die damals noch dies Ministerium und die Ehre Preußens zu vertheidigen den Muth hatten, an die Adressen und Selbstbesteuerungen zu Gunsten des prinzlichen Schooßkindes der Demokratie, des Augustenburgers — wobei unter dem Motto: „Nichtswürdig die Nation, die nicht ihr Alles giebt für ihre Ehre,“ in Westpreußen, von der ausgeschriebenen ersten Rate von 100,000 Thlr. kaum 6000 Thlr. einkamen! In dem „Augustenburger“ steckte damals die „Ehre“ des preußischen Volks, wollte uns die Demokratie glauben machen, und der General a. D. Stavenhagen beantragte eine Adresse im Abgeordnetenhause auf seine Anerkennung, und der Ober-Tribunalsrath Waldeck — beides Preußen! — bekämpfte diese Adresse, weil dadurch vielleicht indirekt „dieses Ministerium“ unterstützt werden könnte und man doch die Parole ausgegeben habe „diesem Ministerium keinen Mann und keinen Thaler.“ (18. Dezember 1863). Wir könnten die ganze Komödie der plötzlichen zärtlichen Theilnahme der Demokratie für unsern „Bundestag“ in Frankfurt a. M. aufführen, sowohl im Januar 1864, als der Bundestag sich des Augustenburgers annahm, wie im Juni 1866, da der Bundestag die Vernichtung Preußens beschloß! Und endlich, wer dächte zum Schluß nicht an jene eklen „Friedensadressen“ der Magisträte und Stadtverordnetenversammlungen, die unter der Leitung der Demokratie standen, von denen wir noch in diesen Tagen in einem großen höchst liberalen Berliner Blatte lasen, daß sie uns in der schmählichsten Weise vor Deutschland blamirt hätten!

Und nach diesen Worten, nach diesen „Thaten“ treten die Leute, die Alles angegriffen, geschmäht und zu verhindern gesucht, was Großes geschehen in Preußen, nochmals vor das Volk, sprechen heute von der „Kraft und Weisheit“ unserer Regierung,“ welche „Alles längst erkannt habe,“ fordern für den Reichstag „einsichtsvolle, patriotische und charakterfeste Männer“ und präsentiren sich abermals selbst als solche „Männer!“ —

Das Volk wird richten über sie!

(Elb. Anz.)

Telegraphische Depeschen der Westpreußischen Zeitung.

Berlin, 5. Febr. Abgeordnetenhaus. Abendsitzung. Anwesend: Roon, Eulenburg, Itzenplitz. Tagesordnung: Bericht der vereinigten Kommission für Handel und Finanzen über Gesetzentwurf betreffend Anleihe von 24 Millionen zu Eisenbahnzwecken. Nach Amendement Bonin soll § 6 nunmehr folgende Fassung erhalten: Jede Verfügung der Staatsregierung über eine der in § 1 sub 1 bis 8 bezeichneten Eisenbahnen resp. Eisenbahntheile durch Veräußerung bedarf zu Rechtsgültigkeit Zustimmung Landesvertretung. Nachdem Berichterstatter Michaelis (Stettin) Amendement zur Annahme empfohlen und Handelsminister Regierungseinverständniß erklärt, § 1 bis 5 desgl. § 6 in obiger Fassung diskussionslos genehmigt. Ganzes Gesetz großer Majorität angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

Weimar, 4. Febr. Dem heute eröffneten außerordentlichen Landtage ist ein Gesetzentwurf vorgelegt, betreffend die Aufhebung des Salzmonopols gegen eine Besteuerung der Produktion oder der Einfuhr des Speisesalzes zu 2 Thlr. pro Centner.

Dresden, 5. Febr. Die Wiener Korrespondenz des „Dresdner Journals“ versichert, daß Graf Belcredi seine Demission nachgesucht habe, weil Freiherr v. Beust keine Verständigung mit ihm über den Weg zur Rückkehr von verfassungsmäßigen Zuständen erreichen konnte. Freiherr v. Beust sei vom Kaiser mit der Vervollständigung des Ministeriums beauftragt worden. Der außerordentliche Reichstag sei aufgegeben, an seine Stelle werde der engere Reichsrath einberufen werden.

Wien, 5. Febr. Die Wahlen zum niederösterreichischen Landtage sind sämmtlich zu Gunsten der Versammlungspartei nach den Vorschlägen des Central-Wahlcomités ausgefallen. — Das „Fremdenblatt“ meldet, daß der neuernante italienische Gesandte Graf Barral, welcher am Sonnabend hier angelangt und bereits von Hrn. v. Beust empfangen war, heute eine besondere Audienz beim Kaiser haben wird.

Wien, 5. Febr. Es finden täglich Ministerkonferenzen statt, an denen auch Graf Andrassy Theil nimmt. Letzterer befürwortet, wie der „Wanderer“ wissen will, das Festhalten des konstitutionellen Weges, wonach die Vereinbarungen mit Ungarn, soweit sie sich auf Angelegenheiten des gesammten Reiches beziehen, der legalen Vertretung der cisleithanischen Länder vorgelegt werden sollen. Der Statthalter von Istrien, Freiherr Kellersperg, der zum Nachfolger Belcredi's designirt worden, ist hier eingetroffen. Freiherr v. Beust wird, der „Neuen freien Presse“ zufolge, den Titel eines Staatskanzlers erhalten. Seine Beauftragung zur Kombinirung eines neuen Ministeriums wird von dem genannten Blatte bestätigt und hinzugefügt, daß die Regierung auf das Zusammentreten des außerordentlichen Rechsrathes definitiv verzichtet und die Eröffnung der Sessionender Landtage bis auf den 18. d. M. verschoben habe.

Triest, 5. Febr. Der Lloyddampfer „Diana“ ist heute Nachts mit der ostindischen Ueberlandspost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Triest, 5. Febr. Nachrichten der Ueberlandpost (pr. Lloyddampfer „Diana“): Die russischen Truppen haben die Armee des Emirs von Bochara geschlagen und stehen nur noch einige Märsche von Samarkand.

Brüssel, 5. Febr. Die Verlobung des Grafen von Flandern mit einer Prinzessin von Hohenzollern gilt in gut unterrichteten Kreisen als bevorstehend. — Der „Moniteur Belge“ enthält einen königlichen Erlaß, durch welchen die vorläufige Einstellung aller Viehmärkte angeordnet wird.

Florenz, 4. Febr. Das erste Bureau der Deputirtenkammer hat das Finanzprojekt des Finanzministers Scialoja gleichfalls verworfen. Die „Opinione“ dementirt ein Gerücht, demzufolge der Minister geneigt wäre, den Gesetz-Entwurf zurückzuziehen.

Florenz, 4. Febr. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer brachte Arnulfi einen Antrag auf Emission einer Milliarde Papiergeld ein. Der Finanz-Minister Scialoja und Lanza sprachen sich gegen den Antrag aus; die Kammer verwarf denselben. Ein Antrag Semenza's, betreffend die Freiheit der Banken, wurde unter Zustimmung des Finanz-Ministers in Erwägung gezogen. — Dienstag und Mittwoch werden die Büreaus in gemeinsamer Sitzung tagen; die nächste öffentliche Sitzung der Kammer ist am Donnerstag.

London, 5. Febr. Soeben hat die feierliche Eröffnung des Parlaments stattgefunden. Die Thronrede bespricht zunächst die Beziehungen Englands zum Auslande und erklärt, daß dieselben einen durchaus befriedigenden Charakter haben. Die Beendigung des preußisch-österreichisch-italienischen Krieges werde hoffentlich einen dauernden Frieden in Europa zur Folge haben. Zur Schlichtung der Differenzen zwischen England und Amerika seien Vorschläge gemacht, von denen eine befriedigende Lösung dieser Angelegenheit erwartet werden dürfe. Die Fortdauer des spanisch-chilenischen Krieges, in welchem England und Frankreich eine erfolglose Vermittlung versucht haben, wird alsdann mit Bedauern erwähnt. Was die Beziehungen der türkischen Regierung zu deren christlichen Unterthanen angehe,

so seien England und Frankreich bis jetzt ohne direkte Einmischung bemüht gewesen, diese Beziehungen zu verbessern, ohne dabei die Rechte des Sultans zu beeinträchtigen. Die Verhandlungen in Betreff der Stellung des Fürsten Karl von Rumänien seien zu einem befriedigenden Abschluß gekommen. — Die Thronrede wendet sich alsdann zu den inneren Verhältnissen und spricht in Betreff Irlands die Hoffnung aus, daß daselbst die Ruhe bald vollkommen wiederhergestellt sein werde; ohne daß die Aufrechterhaltung von Ausnahmezuständen nothwendig bleibe.

Die bevorstehende Einbringung einer Reformbill hat in der Rede keine directe Erwähnung gefunden; es wird nur darauf hingewiesen, daß die Aufmerksamkeit des Parlaments auf einige nothwendige Wahlreformen gelenkt werden würde. Endlich werden mehrere Gesetzvorlagen verheißen, welche sich auf die Regelung der Arbeiterverhältnisse, der Handelsmarine, der Eisenbahnen, der Armenfrage und der irischen Angelegenheiten beziehen; auch eine Aenderung der Bankerut-Gesetze wird in Aussicht gestellt.

Bukarest, 5. Febr. Die Kammer hat heute die für die Ministerien des Innern und der Justiz geforderten Budgets bewilligt.

Aus Jassy wird gemeldelt, daß Fürst Karl fortfährt bedeutende Summen an die Nothleidenden zu vertheilen.

Herrenhaus.

Montag, 4. Februar.

(Schluß).

Ministerpräsident Graf Bismarck-Schönhausen: Das Parteiwesen ist noch nicht durch eine lange konstitutionelle Gewohnheit soweit gemildert worden, daß auch nur Einem aus jedem Wahlerkreise das Vaterland höher stände, als die Partei. Wir haben in dieser Beziehung noch in den jüngsten Wochen traurige Erfahrungen gemacht darüber, daß die persönliche Parteileidenschaft, die Eitelkeit, doch schließlich höher stehe, als das Interesse für irgend eine nützliche nationale Einrichtung. Hoffen wir, daß nicht gerade die schlimmsten Vertreter nach dieser Richtung hin gewählt werden; aber möglich ist es doch immerhin, daß Leute, die jeden stattlichen Zweck in ihrem ganzen Verhalten negiren und sich für vollkommen berechtigt halten, die unbeschränkte Preßfreiheit publicando von der Tribüne her rücksichtslos auszubeuten, gewählt werden in das Norddeutsche Parlament. — Nehmen Sie den Fall an, daß Leute, welche sich vom Vaterlande vollständig losgesagt haben (ich darf sagen schamlos losgesagt haben), Leute, die offenkundig im Solde des Auslandes gegen ihr Vaterland dienen und schreiben, und solche sind als Kandidaten auch aufgestellt worden, wirklich ins Parlament gewählt werden, so möchte ich doch glauben, daß an der ehernen Stirne, die einigen dieser Leute beiwohnt, mit dem Rechte, beliebige Leitartikel straffrei zu diktiren, ein Mißbrauch getrieben werde, der auch dem Haufen der Anhänger der Preßfreiheit zuwider sein würde.

Herr von Bernuth erklärt sich für den Kommissions-Antrag.

Ministerpräsident Graf von Bismarck-Schönhausen erklärt, soweit auf der Journalistentribüne verständlich: Ich möchte zunächst noch ein paar Worte sagen zur Entschuldigung des Umstandes, daß kein Kommissar in der Kommission anwesend war. Es herrscht im Hause eine nicht ganz konstante Praxis über die Mittheilungen an die Regierung in Betreff der Kommissionssitzungen. Gewöhnlich wird am Schlusse der Mittheilung, die an den Ministerpräsidenten gerichtet wird, gesagt, daß die Herren Ressortminister — in diesem Falle der Herr Justiz-Minister und der Minister des Innern — direkt von dem Herrn Kommissions-Vorsitzenden unterrichtet würden, und in Folge dessen geht das an den Ministerpräsidenten gerichtete Schreiben bei diesem ad acta, wenn nicht ein anderer Ressortminister ein direktes Interesse an der Sache hat. Bei dieser Mittheilung war, so viel ich habe ermitteln können, die direkte Eröffnung an den Ressortminister nicht erfolgt, und in Folge dessen ist kein Kommissar anwesend gewesen. Wenn der Herr Vorredner den Grund für die Annahme des Gesetzentwurfes erfährt, daß eine ähnliche Einrichtung in unserer Landesverfassung bestände, so ist die Thatsache allerdings richtig, aber ich ziehe daraus nicht denselben Schluß. Wenn es sich hier de lege ferenda handelte, so würde ich eben so sehr dagegen kämpfen, wie gegen die Erweiterung der Bestimmung und Ausdehnung auf den deutschen Reichstag. Allein es handelte sich dort um das bestehende Gesetz und das Verfassungsrecht, was zu vertheidigen oder anzufechten ich hier nicht für meine Aufgabe halte. So ganz gering möchte ich den Uebelstand nicht anschlagen, wenn einzelne Abgeordnete in den Reichstag gewählt würden von der Kategorie, deren Bezeichnung der Hr. Vorredner richtig verstanden und wiedergegeben hat, dann scheint es mir doch nicht gleichgültig, auch wenn nur ein Abgeordneter das Privilegium hätte, Reden entschieden landesverrätherischen Inhalts zu halten, für ausländisches Geld in hunderttausend Exemplaren bei uns im Lande verbreiten zu lassen und sich damit zu schützen, daß seine eigene strafbare Aeußerung mit aller Genauigkeit wiedergegeben sei.

Gegen den Gesetz-Entwurf erklären sich ferner die Herren von Senfft-Pilsach und Kleist-Retzow. Herr von Meding wünscht Ablehnung des Gesetzes oder Zurückweisung desselben an die Kommission zu nochmaliger Berathung. Der Antrag wird abgelehnt und bei der Abstimmung das Gesetz verworfen.

Es folgt der Bericht der Budget-Kommission über die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt der Jahre 1859, 1860, 1861, 1862 und 1863; ward ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission erledigt, ebenso der folgende Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über die am 2. November 1865 zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei abgeschlossene Convention unter dem Titel: „Acte public relatif à la navigation des embouchures du Danube."

Endlich folgte der Bericht der XV. Kommission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften.

Der Referent Herr Dr. Dernburg wies nach, daß letztere zu fördern seien. Herr v. Kleist-Retzow vertheidigte die von ihm gestellten Amendements und meinte, er werde sich nur für das Gesetz erklären können, wenn es nach den Kommissionsvorschlägen angenommen würde, damit man Garantien erhalte, welche mancherlei Uebelstände beseitigen. Auch die Ernennung von Königl. Kommissarien zur Verbindung zwischen Staat und Genossenschaften sei nothwendig. Redner befürwortete dann auch die Errichtung einer mit 2 Millionen dotirten Staatskasse. — Der Handelsminister Graf Itzenplitz bat, alle Amendements abzulehnen und den Gesetzentwurf anzunehmen, wie ihn das Abgeordnetenhaus votirt habe.

— In der gestrigen (25.) Sitzung des Herrenhauses waren am Ministertisch der Handelsminister Graf Itzenplitz und sieben Regierungs-Kommissare. Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnete die Sitzung 11 Uhr 20 Minuten mit der Vereidigung des Grafen Kwilecki. Darauf folgte die Fortsetzung der Debatte über den Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften.

An der Debatte beiheiligen sich die Herren Gr. Rittberg, Gr. Schlieffen, Gr. Brühl, Baumstark, v. Wedin- und Hasselbach. Damit schloß die allgemeine Debatte. Nach dem Resumé des Berichterstatters erklärte der Regierungs-Kommissar, Geheimer Ober-Finanz-Rath Eck, im Namen der Königlichen Staatsregierung die Kleist'schen Amendements nach ihrem materiellen Inhalt für unannehmbar. Zu §. 1 sprach Herr von Senden für sein Amendement. (Schluß f.)

(In dem Kammerbericht der gestrigen Zeitung über die Rede, welche der Herr Minister-Präsident im Herrenhause bei der Debatte wegen der Anleihe von 24 Millionen zu Eisenbahnzwecken hielt, findet sich ein sinnentstellender Druckfehler in dem Satze, welcher vor der Fiction warnt, daß das Wohl des Landes dem Landtage mehr am Herzen liege, als der Regierung. Der Satz muß heißen: „Es wäre dies ein System, welches auf der Fiction basirt, daß das materielle Wohl des Landes dem Landtage mehr am Herzen liegt, als der Regierung.)

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 5. Februar.

(64. Sitzung). Präsident: v. Forckenbeck. Eröffnung 10 Uhr 15 Minuten. Am Ministertisch: v. Mühler, Graf zur Lippe und Graf Itzenplitz, und viele Regierungs-Kommissarien. Der Präsident theilt den Eingang des gestern vom Herrenhause beschlossenen Gesetz-Entwurfs wegen der Anleihe von 24 Millionen zu Eisenbahnzwecken mit. Da der Gesetz-Entwurf im Herrenhause abgeändert worden ist, so geht derselbe an die Kommissionen für Handel und Finanzen zurück, die denselben zu einer heute Abend 7 Uhr stattfindenden Plenarsitzung vorzuberathen haben. Die Kommissionen treten heut Mittag 1 Uhr zur Berathung zusammen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Der erste Gegenstand derselben ist die Schlußberathung über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung der Einzugsgelder und gleichzeitiger Kommunal-Abgaben. Nachdem der Referent Abg. Hübner die Annahme des Gesetzentwurfes, wie derselbe vom Herrenhause beschlossen, empfohlen, genehmigt das Haus den Gesetzentwurf ohne Diskussion einstimmig.

Bevor in der Berathung fortgefahren wird, rügt Abgeordneter v. Vincke (Hagen) das Abweichen von der am Sonnabend durch den Präsidenten verkündeten Tages-Ordnung. Auf der heutigen Tages-Ordnung fänden sich Gegenstände, welche der Präsident nicht angesetzt, dagegen fehlten einige der berannten Gegenstände. Eine solche Abänderung der Tagesordnung beeinträchtigt die Rechte des Hauses. Er wolle keine Abänderung der Tagesordnung nur einen nachtheiligen Präjudiz vorbeugen.

Der Präsident rechtfertigt sein Verfahren und bittet um Indemnität. Es folgt der Bericht der Justiz-Kommission über den Gesetz-Entwurf, betr. die Anstellung von Justiz-Beamten in den neuerworbenen Landestheilen und den ältern Provinzen.

Die Kommission empfiehlt die Ablehnung des Gesetz-Entwurfes, sie hat denselben jedoch in verschiedenen Punkten abgeändert. Der Referent Abgeordnete Bering weist beim Eingange der Debatte auf die Schwierigkeiten hin, die augenblicklich dem Gesetz-Entwurf, namentlich in Betreff der Besetzung der obersten Gerichtshöfe entgegenstehen, und beantragt die Ablehnung des Gesetzentwurfes.

Abg. Baur (Aachen) rechtfertigt ein von ihm gestelltes Amendement. Abg. Reichensperger rechtfertigt den Kommissionsantrag und bekämpft den Gesetzentwurf, den er ohne neue Organisation des obersten Gerichtshofes für unannehmbar hält. Die jetzige Zeit müsse zu einer Reorganisation benutzt werden. Nach Artikel 92 der Verfassung solle nur ein oberster Gerichtshof in Preußen bestehen. Dies sei nicht wahr, denn im Jahdegebiet bestehe ein besonderer oberster Gerichtshof.

Abg. Bode gegen den Kommissions-Antrag. Es werde durch den Gesetz-Entwurf nicht blos das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit gestärkt, nicht blos ein Vortheil für die Gesammtzwecke des Staatslebens erreicht, sondern es werde dadurch allein die Möglichkeit gewährt, daß die tüchtigen Kräfte ein praktisches Urtheil über die verschiedenen Rechts-Anschauungen und Gesetze gewinnen und für die anzustrebende Einheit der Organisation der Gerichte, so wie die verschiedenen Zweige des materiellen und formellen Rechts die zweckmäßigsten Vorschläge machen können.

Abg. Twesten: Das Haus könne unmöglich einem Gesetz-Entwurfe zustimmen, der weder in seiner Fassung noch in seinen Motiven auf irgend eine der großen Fragen eingehe. Der Gesetz-Entwurf wolle eine Amalgamirung dadurch herbeiführen, daß die Beamten durcheinander geworfen werden. Es könne doch dem Justizminister eine solche Machtbefugniß nicht gegeben werden. Die Richter der alten Landestheile könnten nur mit ihrer Zustimmung versetzt werden; Richter der neuen Landestheile müßten sich jede Versetzung gefallen lassen. Dies setze ein so unbedingtes Vertrauen zu dem Justizminister voraus, daß er ein solches Votum nicht abgeben könne, selbst wenn er den Gesetzentwurf sachlich für begründet erachten müßte. Was das jetzige Obertribunal betrifft, so ist es im Interesse der Sicherheit des Landes nothwendig, die Senate so zusammen zu setzen, daß sie unabhängig sind vom Justiz-Minister, der nicht durch Berufung von Hülfsarbeitern dem Senat eine tendenziöse Zusammensetzung geben darf. Zu dem Ende muß dieser Gerichtshof so besetzt sein, daß Hülfsarbeiter entbehrlich sind, auch wenn nicht alle Mitglieder augenblicklich dienstfähig sind. Politische Gründe erheischen es, nicht eher auf die Sache einzugehen, bis die Vertreter der neuen Landestheile unter uns sitzen.

Justizminister Graf zur Lippe: Ich bitte zur Sache selbst um das Wort für meinen Regierungs-Commissar; die Rede des Herrn Abgeordneten Twesten zwingt mich aber, vorher eine persönliche Bemerkung zu machen. Der Herr Abgeordnete Twesten hat behauptet, das Ober-Tribunal werde unter dem jetzigen Justiz-Minister tendenziös zusammengesetzt und berufe Hülfsarbeiter, um die Senate tendenzios zusammen zu setzen. Auf Schmähungen gegen mich gerichtet, will ich nichts erwidern, aber die Ehre derer gewahrt wissen, welche von Sr. Maj. berufen sind, im höchsten Gerichtshofe Recht zu sprechen. Gegen derartige Angriffe muß ich entschieden Verwahrung einlegen. (Beifall rechts, Bewegung links.) — Regierungs-Commissar Sydow weist die Angriffe der Gegner des Entwurfes als zu weit gehend und übertrieben zurück. Ganz unbegreiflich sei es, wie durch Heranziehen der Richter aus den neuen Landestheilen der Rechtsschutz gefährdet werden werde; das heiße die Tendenz und den Zweck des Gesetz-Entwurfes ganz verkennen. Allerdings liege der Schwerpunkt des Gesetzes in der schleunigen Herbeiführung der Ausgleichung der bestehenden Verschiedenheiten auf den mannigfachen Gebieten des Rechtslebens. Es ist dies ein Fehler im Charakter des Deutschen. Der Deutsche schreit fortwährend nach Einheit. Sobald aber einmal in einem Punkte diese Einheit herbeigeführt werden soll, so werden alle möglichen Bedenken dagegen aufgeworfen, und der Zeitpunkt verstreicht. — Die General-Discussion wird geschlossen. — Nach einigen persönlichen Bemerkungen und kurzer General-Discussion werden zunächst die einzelnen Paragraphen des Gesetzes event. angenommen, demnächst aber das Gesetz im Ganzen verworfen. Schluß der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung heute Abend 7 Uhr.

In- und Ausland.

Preußen. □ Berlin, 4. Febr. Es wird jetzt in der Presse Detaillirtes über den Sessionsschluß verbreitet, so als ob derselbe vor der Thür stände. Der König werde ihn in Person vollziehen, ja es laufen sogar ausführliche Versionen der Thronrede durch die Blätter, mit welcher der König den Landtag schließen würde. Ganz so eilig scheint die Sache nicht zu sein; es liegen noch sehr wichtige Angelegenheiten vor, die nothwendig noch in dieser [illegible] deren E[illegible] Da lieg[illegible] Die lib[illegible] jene Na[illegible] Anderen [illegible] Fortdau[illegible] haben d[illegible] die Urs[illegible] lich bei [illegible] ihren p[illegible] hause, [illegible] ihre Hä[illegible] sind sch[illegible] gen zu [illegible] rechten [illegible] Millio[illegible] Weiter [illegible] Verkünder des Landtagsschlusses glauben machen möchten, Niemand aber wohl bei einer nur einigermaßen eingehenden Erwägung dessen glauben wird, was es mit dieser Ammendirung auf sich hat. Nach den vorberegten Darstellungen müßte man glauben, daß es sich dabei nur um Nebendinge handeln, die gegen die Bedeutsamkeit der Vorlage und die davon berührten weitgreifenden materiellen und prinzipiellen Interessen nicht ins Gewicht fallen könnten, so daß die Regierung sehr wohl in der Lage sei, darüber hinwegzusehen, und daß, falls sie dies nicht thun, die Verantwortlichkeit für die Folgen allein nur auf ihre Seite trete. So liegt die Sache ganz und gar nicht. Die Ammendements berühren keineswegs nur Nebendinge, sie greifen nicht nur tief in den Gegenstand der Gesetzesvorlage ein, sondern sie greifen gleichzeitig darüber hinweg auf den Bestand der Verfassung selbst über. Wenn § 6 der ammendirten Vorlage die Rechtsgültigkeit jeder Verfügung der Staatsregierung über eine Staatsbahn durch Veräußerung oder Verpachtung von der Zustimmung des Landtages abhängig machen will, so steht das nicht in der Verfassung. Das Abgeordnetenhaus nimmt damit ein Recht in Anspruch, welches ihm verfassungsmäßig nicht zusteht, es vollzieht mit diesem Ammendement eine Verfassungsrevision und es benutzt dazu einen Gesetzentwurf bei dem es sich um ganz andere Dinge handelt. Die Verfassungs-Revision soll hier so ganz beiläufig ausgeführt und der Regierung abgenöthigt werden. Das Verfahren ist ein absolut unzuläßiges, auf das keine Regierung eingehen darf, am allerwenigsten eine Regierung, welche verfassungsmäßig zu Werke geht. Wenn also die liberale Presse sagt: Die Vorlage ist bewilligt, die Regierung hat blos zuzugreifen, und die Verbesserung, welche durch die geforderten Geldmittel bewirkt werden sollen, zur Ausführung zu bringen, — so wird jeder Einsichtige wissen, was er davon zu denken hat. Bei dem „Zugreifen" hat überdem das Herrenhaus mitzusprechen, und wir meinen, daß selbst, wenn die Regierung hier ein Zugeständniß machen wollte, die Sache so liegt, daß sie sich durch das Herrenhaus daran verhindert fände. Die ammendirte Vorlage darf nach Allem, was man darüber hört, dort keinen freundlichen Empfang erwarten. Sie wird nicht angenommen, sondern mit Streichung des §. 6 an das Abgeordnetenhaus zurückbefördert werden und die Regierung wird keineswegs für das Amendement ihr Wort einlegen, wie gewisse Blätter träumen. Die nochmalige Berathung der Vorlage ist also unvermeidlich und darin zugleich der Maßstab für die erwähnten Ankündigungen des Sessionsschlusses enthalten, ganz abgesehen davon, daß ja auch noch die zweite Abstimmung wegen der Vermehrung des Abgeordnetenhauses stattfinden muß. — Die Commission des Herrenhauses, welche mit der Berathung der im Abgeordnetenhause bereits erledigten Gesetzvorlage wegen des Vortrages mit der Turn- und Taxis'schen Postverwaltung beauftragt ist, hat heut ihre erste Sitzung gehalten und läßt sich wohl mit Gewißheit erwarten, daß die ausgesprochene Zweckmäßigkeit des Gesetzentwurfes im Herrenhause dieselbe Anerkennung finden wird, die ihr im Abgeordnetenhause zu Theil wurde, so daß also die definitive Erledigung dieser interessanten Angelegenheit jetzt in kürzester Frist bevorsteht. — Die hiesige „Montags-Ztg." hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Berichtigung Stoff zu geben. Es vergeht kein Montag, welchen sie nicht in dieser Weise als Zeitung dient. Heute hat sie sich aber ganz besonders angestrengt. Sie läßt den Grafen zu Eulenburg das Portefeuille des Inneren abgeben und als Gesandten nach St. Petersburg gehen; auch Herr v. Zedlitz befindet sich in dem Register ihrer Personalien. Dem ohnerachtet bleibt aber Graf zu Eulenburg auf seinem Posten. Die Gesandtschaft in Petersburg ist bereits anderweit besetzt, (Fürst von Reuß), die Sache als durchaus erledigt zu betrachten und zwar wie aus Obigem zu ersehen, nicht in dem Sinne, wie ihn die „Montags Ztg." angiebt. — Was die sich an den Namen von Prittwitz knüpfende Nachricht betrifft, daß ein General dieses Namens auf die Festung Glogau gebracht worden, so war diese Nachricht in soweit falsch, als man an den General dieses Namens dachte, der kürzlich hier in der Versammlung des Geschäftsausschusses der „Victoria National-Stiftung" den Vorsitz führte und der an unserem Hofe immer eine per-

... ist. Die Nachricht ist
... wirklich ein General
... Kommandant der
... ein Kriegsgericht
... auf der Festung
..., weil er sich beim
...ges an der Verbrei-
...iligte, durch welche
...rdert wurden, dem
... Fahnen nicht Folge
...e Presse entnimmt
...rlich nicht auf die
...re, insoweit darin
...mitspielt, uns eine
...on einer Preßbedrük-
...l — ruft sie — sei
... die Presse auf die Fe-
stung gebracht worden! (!) — Der bisher als
Unter-Director der hiesigen Artillerie-Werkstatt
kommandirte Hauptmann Doergé von der 8. Artillerie-Brigade ist mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 2. d. zum Director der Artillerie-Werkstatt in Danzig ernannt. Nachfolger des Hauptmann Doergé bei der hiesigen Artillerie-Werkstatt ist Hauptmann Diederichs von der 3. Artillerie-Brigade, bisher Mitglied der Artillerie Prüfungs-Commission.

— Das fortschrittliche Central-Comité hat für seine Anhänger zum Wahltage eine Instruktion erlassen, die viel Annehmenswerthes auch für die konservative Partei enthält. Als wesentlicher Inhalt gedachter Instruktion wird von hiesigen Blättern Folgendes mitgetheilt:

„Rechtzeitig müssen wir uns über einen einzigen Kandidaten geeinigt haben. Derjenige, der bei den Vorberathungen die meisten Stimmen erhielt, muß am Wahltage alle Stimmen der Liberalen erhalten. Wenn nur unser Kandidat bei Errichtung der Bundesverfassung einstehen will für unverkürzte Rechte der Volksvertretung, so dürfen wir uns nicht entzweien bei der Frage, ob er zu den Radikalen gehört, oder mehr sich der Vermittelung zuneigt. — Zersplitterte Stimmen sind verlorene Stimmen — oder noch schlimmer — Stimmen für den Gegner!

Den Namen, über den man sich geeinigt hat, verkündet sofort der Kreis-Wahlausschuß den Lokal-Ausschüssen oder den Vertrauensmännern an jedem Wahlorte. Diese machen den Namen allen Liberalen des Orts schnell bekannt.

Der Kreis-Wahlausschuß läßt rasch 20,000 Zettel drucken mit dem vollen Namen, nebst Wohnort des Kandidaten. Hierbei ist wohl zu beachten, daß Zettel, welche irgendwie äußerlich den Inhalt verrathen, zurückgewiesen werden. Also muß das verwendete Papier so dick sein, daß Druck oder Schrift nicht durchschimmert. Auch muß es rein weiß sein und nicht ins Bläuliche oder sonst eine Farbe spielen. Die Zettel müssen ferner bei der Abgabe so zusammengefaltet werden, daß von dem Inhalte nichts erkennbar ist.

Nach jedem Wahlorte müssen rechtzeitig so viel Zettel, als da Wähler sind, geschickt werden an den Lokalausschuß oder einen rührigen Parteimann, der die Austheilung sofort besorgt. Vorsicht ist nöthig bei Versendung der Zettel, damit sie zuverlässig an ihre Bestimmung gelangen.

Am Wahltage, Dienstag 12. Februar, stehen Vertrauensmänner unserer Partei während der ganzen Wahlzeit am Eingange jedes Wahllokals, um die eintretenden Liberalen mit etwa fehlenden Zetteln zu versehen und sie nöthigenfalls näher zu unterrichten. Diese Vertrauensmänner fordern auch die Gesinnungsgenossen, welche das Wahllokal verlassen, auf, die noch Säumigen anzutreiben. Auch im Wahllokale müssen die unseren die Abnahme der Zettel und das Hineinlegen in die Wahlurne beaufsichtigen. Besonders müssen sie, nach geschlossener Wahl, die Ausschüttung und Zählung der Zettel überwachen. — Für das Central-Wahl-Comitee: W. Löwe, Vorsitzender, L. Parisius, Schriftführer.

— Sr. Maj. Briggs „Musquito“ und „Rover“ sind am 1. d. M. in La Spezzia angekommen.

Württemberg. Die „Schwäb. Volksztg.“ schreibt aus Stuttgart unterm 2. Februar: „In einer Versammlung der Liederkränze hiesiger Gegend soll, wie uns berichtet wird, ein Mann, d. h. eine hohe Figur mit einem schönen Bart, den Satz ausgesprochen haben, das preußische Volk befinde sich zur Hälfte in der Caserne, zur anderen Hälfte im Zuchthaus! Der Mann mit dem schönen Bart steht unter unserer Kritik, aber erinnert hat er uns, daß bei uns neben Casernen und Zuchthäusern noch andere Anstalten existiren — nämlich Irrenhäuser. Leider aber, wie aus Kammerverhandlungen 2c. zu entnehmen ist, nicht nach Bedürfniß.

Oesterreich. Nachdem vor einigen Tagen mitgetheilt worden, daß die Oesterreichischen Regimenter, welche Preußische Inhaber gehabt, nun wieder diese Namen führen werden, kommt (so berichtet die „N. Fr. Pr.“) die Meldung hinzu, daß auch die Erzherzöge bereits die Einleitung getroffen haben, um ihre frühere Inhaberschaft Preußischer Regimenter wieder anzutreten.

Frankreich. Paris. Neben den liberalen Hoffnungen und Concessionen blühen die Scandalgeschichten üppig weiter, schreibt die „Kreuz-Zeitung.“ Die Lorbeeren der Cora Pearl (sie soll beiläufig eine Posener Jüdin sein) haben die Straßensängerin Theresa nicht ruhen lassen, sie wird im Chatelet-Theater auftreten, aber sich dafür gehörig bezahlen lassen, während die Pearl ihren Direktor bezahlt. Ein Engländer hat für die Schuhe, welche Cora Pearl als Cupido getragen, eine Summe von 50,000 Frcs. geboten; die Schuhe sind übrigens mit Diamanten besetzt. Neulich wäre beinahe sogar dem Päpstlichen Nuntius das Glück zu Theil geworden, mit jener Theresa in einer Gesellschaft bei dem Herzoge von Gallinva sich zu befinden. Theresa sollte als „Muse des Gesanges“ auftreten; jedoch erfuhr der Prälat davon und ließ absagen. Es sieht fast aus, als könne man diesen Personen in Paris nicht mehr entgehen!

Italien. Florenz, 31. Jan. Admiral Persano ist vorläufig in Freiheit gesetzt worden. Die öffentliche Meinung ist ihm zwar nicht günstig, aber man hält doch eine weitere Verfolgung des Processes für zwecklos und sogar für politisch nachtheilig. Wenn der Admiral sich nur noch gegen den Vorwurf des Ungehorsams, der Nachlässigkeit und der Unerfahrenheit vertheidigen soll, so wird es seinen Advokaten leicht sein, den Beweis zu führen, daß man gegen andere hohe Persönlichkeiten mindestens eben so schwere Anklagen erheben könnte. Sie werden nur die Depeschen vorzulesen haben, in denen Lamarmora dem Admiral im Namen des Königs befiehlt, „irgend etwas zu thun“, eine Seeschlacht zu liefern, nicht auf Grund militärischer Rücksichten, sondern lediglich, um der erhitzten öffentlichen Meinung genug zu thun. Die Advokaten werden ferner daran erinnern können, daß Persano die ungenügende Ausbildung der Flotten-Mannschaft und die Mangelhaftigkeit des Materials im voraus dargelegt hat; sie werden die englischen und americanischen Maschinisten und Heizer als Zeugen vorfordern, welche dem Marine-Minister erklärten, daß sie nur gegen eine, von ihnen selbst festgesetzte Erhöhung ihrer Löhnung sich einschiffen würden, und denen man ihre Forderung bewilligen mußte, weil man keine Italiener auftreiben konnte, die im Stande gewesen wären, sie zu ersetzen. Niemand kann bei einem solchen Processe gewinnen, auch die Ehre des Landes nicht! —

England. London, 2. Febr. Da die barbarische Rohheit, mit welcher die entarteten Männer von Athen die aus Kreta zurückkehrenden Vorkämpfer des Hellenenthums empfingen, in französischen Blättern noch ihre Vertheidiger findet, so lohnt es sich, über die Vorgänge ein Zeugniß von anerkannt competenter Seite beizubringen, nämlich den Bericht des athenischen Correspondenten der Times. Der wesentliche Inhalt ist folgender: „Am Sonntag Abend kam das französische Kanonenboot Salamandre, begleitet von zwei türkischen Schiffen, mit 440 griechischen Freiwilligen aus Kreta im Piräeus an. Früh am Montag Morgen wanderten Scharen von Athenern hinaus nach dem Piräus. Einige der Freiwilligen, welche von ihren Familien erwartet wurden, waren schon gelandet; als aber die allgemeine Ausschiffung begann und das Volk von Athen auf dem Damme versammelt war, wurden die den vaterländischen Boden betretenden Krieger mit einem Hagel von Pflastersteinen und mit Knüttelhieben begrüßt. Einige sprangen in Kähne hinein, andere wurden in das Meer hinabgestoßen; doch waren die französischen Schiffe zur Hand und retteten sie; mehrere sanken verwundet zu Boden und wären ermordet worden, wäre nicht die Polizei endlich eingeschritten. Mehrere Stunden hatte der rohe Haufe die Oberhand und ein ministerielles Blatt schildert die „Großherzigkeit des griechischen Volkes“, welches unaufhörlich gerufen habe: Tod den Verräthern! Nieder mit den Deserteuren! Schmeißt die Schänder hellenischen Ruhmes ins Meer! Schlagt die Elenden todt, die sich auf türkische Schiffe gerettet haben!“ Die Kirchenglocken läuteten, die Trommeln der Nationalgarde schallten durch die Straßen und die Bürger waren fest entschlossen, jeden aus Kreta Zurückkehrenden zu morden. Jenes Blatt sagt auch, daß zwei oder drei der Freiwilligen wirklich getödtet worden seien; mehrere Verwundete wurden ins Zollhaus gebracht und einer von ihnen wird wohl sterben. Wenn dieses System sich als eine erfolgreiche Methode der Anwerbung von Freiwilligen für Kreta erweist, so bringt es einen unbestreitbaren Beleg für die Macht des hellenischen Patriotismus. Die Männer, deren Ermordung sich der Pöbel in den Sinn gesetzt hatte, waren von dem kretischen Comite als Soldaten ausgewählt, bewaffnet und mit einmonatlichem Solde versehen worden. Mehr als zwei Monate hindurch haben sie gekämpft, wie Heroen der alten Zeit — so verkündeten wenigstens bis zum letzten Sonntag die Comite's und die Presse, nach deren Zeugniß sie noch in jüngster Zeit drei Angriffe der Ottomanen auf Hagia Rumeli zurückgeschlagen hatten; wie denn seit Wochen berichtet wurde, daß jeder Freiwillige durchschnittlich sieben Türken oder Aegypter per Woche tödte. Nun heißen dieselbigen Leute auf einmal Räuber und Schafdiebe. Als sie von den griechischen Comite's ohne Löhnung und von der kretischen General-Versammlung ohne Nahrungsmittel gelassen wurden, da haben sie allerdings ihr Leben höchst wahrscheinlich von dem gefristet, was ihnen in den Wurf kam. Sir Charles Napier pflegte zu erzählen, er habe als Gouverneur von Kephalonien einen sehr frommen griechischen Bischof gekannt, der vordem vom Schafestehlen gelebt habe, welche Periode er später als sein „Pastoralleben“ bezeichnete. Es wäre daher Unrecht, wollte man die postoralen Sitten der Freiwilligen in Kreta einer allzu genauen Kritik unterziehen. Manche der Zurückgekehrten sind krank, andere verwundet und alle haben vielmal ihr Leben den türkischen Kugeln bloßgestellt, ehe sie griechischen Pflastersteinen entgegenzutreten hatten. Ihre äußere Erscheinung spricht deutlich genug für die ausgestandenen Strapazen. Dennoch glauben Leute, die ruhig und bequem zu Hause blieben, während jene auf den schneeigen Höhen Kreta's umhermarschirten und dem Hungertode nahe waren, die Armen nun kalten Blutes hinmorden zu dürfen, griechischer Eitelkeit zum Opfer. Die Regierung war schwach genug, der Volkswuth, welche die Gewalt der Executive in ihre Hand nahm, noch zu schmeicheln. Die Freiwilligen wurden auf eine öde Insel in der Bucht von Salamis an Land gesetzt, wo sich nur eine kleine Capelle befindet. Hoffentlich werden sie wenigstens Zelte und Lebensmittel erhalten. So belohnt Griechenland diejenigen, die für seine Sache kämpfen.“

Amerika. Nach den amerikanischen Nachweisen hat im vergangenen Jahre, also 1866, eine Ueberproduktion von 738,800 Poerl Petroleum, nach unserem Gewichte 2 Millionen Centner, mehr Ausbeute, als verbraucht worden ist, stattgefunden und es lassen sich daher für die Zukunft recht billige Petroleumpreise erwarten.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 6. Februar

— (Die Wahlagitationen) — der Danziger Fortschrittler vulgo Demokraten in Flugblättern, Extra-Beilagen und Inseraten für ihre Kandidaten Langerhans und Twesten und ihr Eifer mit dem sie in den Häusern umhergehen und für dieselben Propaganda machen, erreichen nunmehr ihren Kulminationspunkt. Spaßhaft sind dabei die Angriffe in der „D. Z.“ gegen die Thätigkeit des eigenen Mitarbeiters, der den Politiker, Theaterreferenten und Prediger so hübsch in sich zu vereinigen versteht. —

(Politische Versammlung). Zu gestern Abend war eine politische Arbeiter-Versammlung Seitens der liberalen Partei (Röckner) im Gewerbehause berufen, in welcher Herr Schlossermeister Treichel den Vorsitz führte. Die Betheiligung an derselben war so stark, daß der Saal incl. Balkon die Politiker nicht zu fassen vermochte, sondern das Entree und die Treppenaufgänge noch Viele aufnehmen mußten. Der Zweck der Versammlung war die Besprechung bezüglich der Wahl des Parlamentsabgeordneten und da drehte sich die Frage natürlich nur um die beiden Kandidaten Dr. Langerhans oder Twesten. Die Kandidatur des Ersteren wurde von mehreren Rednern auf's wärmste unterstützt, aber auch für den Letzteren trat Herr Schiffszimmergeselle Koch mit einer kräftigen Rede ein, wurde aber trotz der Ermahnungen des Vorsitzenden, daß Dazwischenschreien unparlamentarisch sei, so oft unterbrochen, daß Herr Polizei-Kommissarius Schmidt sich genöthigt sah, mit dem Inhibiren der Versammlung zu drohen. Von den Rednern Herren Blockmacher Nabel und Schneidermstr. Herz wurde geltend gemacht, daß der Einwand: man kenne Herrn Dr. Langerhans hier nicht, allerdings mit Recht erhoben werde, indessen müsse man bedenken, daß Herr Dr. Langerhans praktischer Arzt, Mitarbeiter einer Zeitung und Vorsitzender des Berliner Arbeitervereins sei und somit die Bedürfnisse des Volkes kenne und das wäre die Hauptsache. Ferner müsse das Coalitionsrecht erlangt werden, damit die Handwerker und Arbeiter sich wegen der Lohnsätze und Arbeitszeit frei vereinigen könnten, die Volksbildung müsse gehoben werden, damit auch Handwerker und Arbeiter in das Parlament kämen, die deutsche Reichsverfassung vom Jahre 1849 müsse eingeführt werden u. s. w. und diese Wünsche werde Herr Dr. Langerhans natürlich sämmtlich realisiren.

— (Polizeibericht.) — Am 4. d. Mts. brach der Arbeiter Johann Pioch von hier beim Uebergange über die Mottlau am Milchpeter durch die Eisdecke. Ein anderer Arbeiter, der sich in der Nähe befand und dieses bemerkte, rettete denselben von dem Tode des Ertrinkens mit eigener Lebensgefahr.

— (Stadttheater.) Abraham Lincoln. Zeit- und Charaktergemälde in sieben Bildern. Einzelne Momente aus Lincolns bewegten und thatenreichen Leben in dramatischer Form der großen Menge vorzuführen, ist wohl das einzige Verdienst des gestern gegebenen Charaktergemäldes. Einen dichterischen oder dramatischen Werth werden wir dem Stücke nicht zuerkennen können, es gehört in die Kategorie der Spektakel-Rühr- und Effecstücke, mit deren kritischer Analyse wir uns begreiflicherweise nicht gerne beschäftigen mögen. — Die Darstellung ließ den darauf verwendeten Fleiß nicht verkennen. Die alte Generalin wurde von Frau Fischer mit künstlerischer Hingabe und ergreifender Wahrheit gegeben. — Herr Göbel (Lincoln) spielte ebenfalls mit Wärme und Innigkeit. — Herr Rösike, der Beneficiant, erntete als „Boby“ reichlichen Beifall. — Auch den andern Mitwirkenden wollen wir unsere Anerkennung nicht vorenthalten. M.

— (Traject über die Weichsel.) — Terespol: Culm ganz unterbrochen, starker Eisgang. Warlubien: Graudenz per Kahn nur bei Tage. Czerwinsk: Marienwerder zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage.

ff Tiegenhof, 5. Febr. In der Versammlung des conservativen Vereins, die am vorigen Sonntage unter zahlreicher Betheiligung der Mitglieder stattfand, hielt nach einem 3-fachen Hoch auf Sr. Maj. der König Lehrer Albrecht einen längeren Vortrag, in welchem er zunächst die günstigen Vorzeichen schilderte, unter denen der Zusammentritt des Norddeutschen Parlaments stattfinden wird, dann des Vortheils der direkten Wahlen im Vergleich zu Classenwahlen gedachte, ein Schreiben vorlas, das der Abgeordnete unseres Kreises, Herr Geheim. Reg.-Rath v. Brauchitsch an den Vorstand gerichtet, und endlich den Gang des bevorstehenden Wahlactes detaillirte, hieran die dringende Mahnung anknüpfend, daß Niemand sich von der Wahl fern halten dürfe, der noch ein Herz für seinen König und sein Vaterland habe. Mit einem freudigen Hoch auf „Sr. Majest. Wilheim I. und Seinen Bismarck“ wurde die Versammlung geschlossen.

Graudenz, 4. Febr. Das Wasser der Weichsel steigt, und der Traject über die Eisdecke wurde, da dieselbe nicht mehr genügende Sicherheit bietet, heute Nachmittag geschlossen. Inzwischen ist wieder leichter Frost eingetreten. Nach telegraphischen Berichten aus Polen war gestern in Warschau der Wasserstand 6' 9", heute Morgen 8' und heute Nachmittag 2 Uhr setzte sich bei 9' 6" Höhe die Eisdecke in Bewegung. Um 3 Uhr war das Wasser schon auf 10' 3" gestiegen. Bei Plock löste sich die Eisdecke ebenfalls heute Mittag.

Handel und Verkehr.

Liverpool, 4. Februar. Baumwolle: 8000 bis Ballen Umsatz Volle Preise bezahlt.

Middling Amerikanische $14\frac{3}{4}$, middling Orleans $15\frac{1}{8}$, fair Dhollerah $12\frac{1}{4}$ good middling fair Dhollerah $12\frac{1}{4}$, middling Dhollerah $9\frac{3}{4}$, Bengal $8\frac{1}{2}$, Oomar $6\frac{3}{4}$. —

Stettin, 5. Februar. (St.-Anz.) Weizen 80—88 bez., Frühjahr $84\frac{3}{4}$ bez., Roggen 55—56, Februar $55\frac{1}{4}$ G., Frühjahr $54\frac{3}{4}$ bez., Rüböl $11\frac{2}{3}$, Februar $11\frac{1}{2}$ Br., April-Mai $11\frac{5}{6}$ Br., $11\frac{2}{3}$ G., Spiritus $16\frac{3}{4}$—$16\frac{2}{3}$ bez., Februar $16\frac{3}{8}$ Br., Frühjahr 17—$16\frac{11}{12}$ bez. u. Br.

Berlin, 5. Februar. (St.-Anz.) Weizen loco 76 — 90 Rt. nach Qualität, bunt poln. 81 Rt., weißbunt desgl. 83 Rt. bez., Lieferung pr. Februar 79 Rt., April-Mai $79\frac{3}{4}$—$\frac{1}{4}$ Rt. bez., Maj-Juni $80\frac{1}{2}$ Rt. bez.,

Roggen loco 78—79 ℔. 55—$\frac{1}{2}$ Rt. ab Bahn bez., 79—81 ℔. $55\frac{1}{4}$—$\frac{3}{4}$ Rt. do., 80—82 ℔. $56\frac{1}{2}$ 57 Rt. do., 81—83 ℔. $56\frac{1}{2}$—57 Rt. do., pr. Februar $56\frac{3}{8}$—$\frac{7}{8}$ Rt. bez., Februar-März $55\frac{5}{8}$—$\frac{1}{4}$ Rt. bez., Frühjahr $55\frac{5}{8}$—55 Rt. bez., Mai-Juni $55\frac{5}{8}$—$\frac{1}{4}$ Rt. bez., Juni-Juli 56—$55\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juli-August $54\frac{1}{2}$—54 Rt. bez.

Gerste, große und kleine, 44—52 Rt. pr 1750 ℔. —

Hafer loco 26—29 Rt., schles. $28\frac{3}{4}$ Rt. böhmischer $27\frac{3}{4}$—$28\frac{1}{2}$ Rt. ab Bahn bez., pr. Februar-März 28 Rt. bez., Frühjahr $28\frac{1}{4}$ Rt. Br., 28 G., MaiJuni $28\frac{3}{8}$ Rt. Br., Juni-Juli 29 Rt. Br.

Erbsen, Kochwaare 56—68 Rt., Futterwaare 48—56 Rt. bez.

Rüböl loco, $11\frac{3}{8}$ Rt. Br., pr. Februar u. Februar-März $11\frac{3}{4}$ Rt. bez., März-April $11\frac{3}{4}$ Rt. Br., April-Mai $11\frac{11}{12}$—$\frac{7}{8}$ Rt. bez, Mai-Juni $11\frac{23}{24}$ Rt. bez,

Leinöl loco $13\frac{1}{2}$ Rt.

Spiritus loco ohne Faß $17\frac{3}{8}$ Rt. bez., pr. Februar und Februar-März $17\frac{1}{3}$—$\frac{1}{6}$ Rt. bez. u. G., $\frac{1}{4}$ Br, April-Mai $17\frac{5}{8}$—$\frac{11}{24}$ Rt. bez., $\frac{1}{2}$ Br., $\frac{5}{12}$ G., Mai-Juni $17\frac{3}{4}$—$\frac{5}{6}$ Rt. bez. u. G., $\frac{2}{3}$ Br., Juni-Juli $18\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ Rt. bez.,

Danzig, 6. Februar 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126 ℔. 94, $97\frac{1}{2}$—95, $97\frac{1}{2}$, weiß 100 Sgr.; 127—129 ℔. 95, 98, $101\frac{1}{2}$—98, 100, $102\frac{1}{2}$ Sgr.; 130,—131/2 ℔., 132—133 ℔. fein 103, 105 $106\frac{1}{2}$ Sgr. — Weizen bunt: dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19/121/22 ℔., 84, $86\frac{1}{2}$ — 85, 88, Sgr., 122/23—124/25 ℔. 86, 89—89, 91 Sgr., 126/27 ℔. 90, $92\frac{1}{2}$ 94 Sgr. pr 85 ℔. pr Schffl. einzuwiegen.

Roggen, 120 — 122 ℔. 57—58 Sgr., 124—126 ℔., 59—60 Sgr., 127—128 ℔. $60\frac{1}{2}$, 61—61, $61\frac{1}{2}$ Sgr. pr $81\frac{5}{6}$ ℔. preuß. pr Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4, ℔. 47— 48, 49 Sgr. pr 72 ℔. pr Schffl. einzuwiegen.— Gerste, kl. Malz- 102 - 104 ℔. 48, 49—$49\frac{1}{2}$, $50\frac{1}{2}$, Sgr. 106 — 108 ℔. $51\frac{1}{2}$, 52 — 53, 54 Sgr. 110 ℔. $53\frac{1}{2}$, $54\frac{1}{2}$ Sgr. pr gemessenen Scheffel.— Gerste, gr. Malz- 105 — ℔., 52 53 — Sgr. 107—110 ℔. 53, $53\frac{1}{2}$—$55\frac{1}{2}$, $55\frac{1}{2}$ Sgr., 112 114 ℔. $54\frac{1}{2}$, 56—$55\frac{1}{2}$, $56\frac{1}{2}$, 57 Sgr. pr 72 ℔. pr Scheffel einzuwiegen.

Hafer $27\frac{1}{2}$—30 31 Sgr. pr 50 ℔. pr Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch $62\frac{1}{2}$,— 64, 65 Sgr., abfallende 57 58—59 61 Sgr. pr 90 ℔. pr Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: ohne Geschäft.

Danziger Börse.

Börsenverkäufe:

Für Weizen lustlose Stimmung. Die Zufuhr bleibt gering. Das Preisverhältniß der heute gehandelten 40 Last fiel zu Gunsten der Käufer aus.

Bedungen wurde: für ord. 114/15, 116 ℔. im Verbande fl. 485, 122/23 ℔. bezogen fl. 495, 121 ℔. fl. 500, 120 ℔. bezogen fl. 520 bunt: 122/23 ℔. fl. 535, 122 ℔. fl. 555, 125/6 ℔. fl. $557\frac{1}{2}$, gut- und hellbunt: 124/5, 125/6, 126 ℔. im Verbande fl. 560, 124/5 ℔. fl. 565, 129 ℔. fl. 580, 130 ℔. fl. 595 pr 5100 ℔. pr Last.

Roggen matt 124 ℔. fl. $355\frac{1}{2}$ pr 4910 ℔. pr Last.

Berliner Börse vom 4. Februar 1867.

Wechsel-Course vom 2.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	144 bz
do. 2 Monat	5	143 1/4
Hamburg 300 Mark kurz	4	152 bz
do. 2 Monat	4	151 3/8 bz
London 1 Lstrl. 3 Monat	4	6. 22 7/8 bz
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	80 11/12 bz
Wien 150 fl. 8 Tage	5	79 3/8 bz
do do. 2 Monat	5	79 bz
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56.24 bz
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	3 1/2	56 26 bz
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	99 3/4 G
do. 3 Monat	6	99 1/6 G
Petersburg 100 R. 3 Woch.	7	90 7/8 bz
do. do. 3 Monat	7	89 1/8 bz
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	4 1/2	110 1/2 bz
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	82 1/4 bz

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	104 3/8 bz
Freiw. Anleihe	4 1/2	99 3/4 bz
St.-A. von 54—55, 57	4 1/2	99 3/4 bz
do. von 59	4 1/2	99 3/4 bz
do. von 56	4 1/2	99 3/4 bz
do. von 64	4 1/2	99 3/4 bz
do. von 50—52	4	90 1/2 bz
do. von 53	4	90 1/2 bz
do. von 62	4	90 1/2 bz
Staats-Schuldscheine	3 1/2	85 3/4 bz
Pr.-Anl. von 55 à 100	3 1/2	122bz
Kr.- und Nm. Sch.	3 1/2	82 G
Od.-Dchb.-Oblig.	4 1/2	— —
Kur- u. Neum. Pfandbriefe	3 1/2	79 3/4 bz
do. neue	4	90 1/4 bz
Ostpreußische Pfandbriefe	3 1/2	79 1/4 bz
do. "	4	87 B
Pommersche "	3 1/2	78 3/4 bz
do. "	4	90 1/4 bz
Westpreußische Pfandbriefe	3 1/2	76 3/4 bz
do. "	4	86 1/2 bz
do. neue	4	— —
do. do.	4 1/2	94 3/4 bz
Preußische Rentenbriefe	4	91 G

Gold- und Papiergeld.

Friedrichsd'or	113 5/12 bz	Dollars	1.11 5/8 G
Gold-Kronen	9. 8 G	Sovereigns	6.23 1/2 bz
Louisd'or	111 G	Russische Bakn.	82 bz
Napoleonsdor	5. 12 1/4 bz	Polnische do.	— —

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: zu der, von des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen Königliche Hoheit beabsichtigten Verleihung des Ehrenkreuzes erster Klasse des Fürstlich Hohenzollern'schen Hausordens mit Schwertern an den General-Major v. Rauch, Commandeur der 21. Kavallerie-Brigade, Allerhöchstihre Genehmigung zu ertheilen. Ferner dem Kommerzienrath Witte zu Haidhoff bei Hamm und dem Fabrikbesitzer Hobrecker zu Hamm zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihnen verliehenen St. Annen-Ordens dritter Klasse, dem Konsul Kalisch zu Rustschuck zur Anlegung des von des Sultans Majestät ihm verliehenen Medschidje-Ordens vierter Klasse, dem aus Cassel gebürtigen Königlich Portugiesischen Konsul, Banquier Wilhelm Schmidt zu Tunis zur Anlegung der von dem Bey von Tunis Hoheit ihm verliehenen Großoffizier-Decoration des Tunesischen Nischan-Iftichari, und der Frau von Froelich, geb. Freiin von Lüttwitz, zu Ober-Bellmannsdorf in der Ober-Lausitz zur Anlegung des ihr verliehenen Königlich Bayrischen Theresien-Ordens die Erlaubniß zu ertheilen. Dem Militair Intendanten des 3. Armee-Corps Wirklichen Geheimen Kriegs-Rath Weidinger, bei der von ihm nachgesuchten Versetzung in den Ruhestand, den Rang eines Raths 1. Klasse zu verleihen. Die Intendantur-Räthe Großmann und Engelhard zu Militair-Intendanten; den Intendantur-Rath Barretzki zum Geheimen Kriegs-Rath und Rath 3. Klasse im Kriegs-Ministerium; so wie die Intendantur-Assessoren Hedrich vom 7., Lampe vom 6., Tobisch vom 5. und Brunn vom 2. Armee-Corps zu Militair-Intendantur-Räthen zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenannten Offizieren 2c. Orden und Ehrenzeichen zu verleihen, und zwar: den Rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Zeug-Hauptmann Brandt beim Artillerie-Depot zu Berlin, dem Fortifications-Secretair Raabe zu Saarlouis; den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: den Zeug-Lieutenants: Pullwer beim Artillerie-Depot zu Minden, Giertz, beim Artillerie-Depot zu Stade, und Totzke beim Artillerie-Depot der Veste Boyen, kommandirt beim Artillerie-Depot zu Berlin, sowie dem Fortifications-Secretair Ribe zu Cosel; das Allgemeine Ehrenzeichen: den Zeug-Feldwebeln: Gerbe, beim Artillerie-Depot zu Cöln, Oschmann, beim Artillerie-Depot zu Magdeburg, Franke beim Artillerie-Depot zu Erfurt, und Gradwohl beim Artillerie-Depot zu Mainz, sowie den Zeug-Sergeanten Albrecht bei der Gewehr-Fabrik zu Spandau, Haehnel beim Artillerie-Depot zu Posen, Damrow beim Artillerie-Depot zu Berlin, Kluge beim Artillerie-Depot zu Spandau und Richter beim Artillerie-Depot zu Erfurt; ferner den Wallmeistern Mohr zu Neiße, Keßler zu Cosel, Schramm zu Erfurt, Eckelt zu Glogau, Padur zu Glatz und Prochnow zu Spandau.

Vermischtes.

Ein Scheidungs-Prozeß.

Paris, 30. Jan. Vor dem pariser Appellationshofe kam dieser Tage ein eigenthümlicher Prozeß vor. Es handelte sich um die Scheidung von zwei Eheleuten von denen die Frau 84 Jahre alt und der Mann etwas älter ist. Beide lebten seit mehr als fünfzig Jahren von einander getrennt; die Frau hatte sich nämlich ungefähr im Jahre 1816 in ihren Geburtsort zurückgezogen und seit dieser Zeit ihren Mann nicht gesehen. Es war die Frau (Madame de P.), welche auf Scheidung angetragen hatte; sie stützte sich darauf daß ihr Mann (Hr. v. P.) sie und ihre Kinder vollständig verlassen; bald mit dieser bald mit jener Frau gelebt; von einer derselben, die lange Zeit seinen Namen führte, ein Kind habe, für das er vollständig sorge, ihr, da er bei diesem tollen Leben sein ganzes Vermögen vergendet, alle Lasten anheimgefallen seien, er sie außerdem des Ehebruches fälschlicher Weise angeklagt und sich bemüht habe, ihr die Achtung und die Zuneigung ihrer Kinder durch eine bedauernswerthe Correspondenz zu entziehen, worin er ihre Mutter insultire. Herr v. P. leistete dem Gesuche seiner Frau Widerstand. Wie er angiebt, hat er dieselbe in Folge ihres schlechten Lebenswandels verlassen und dazu gezwungen durch Thatsachen, die sich auf ganz außerordentliche und dramatische Weise zutrugen. Er hatte sich 1811 mit Frau v. P., die außergewöhnlich schön war, verheirathet; dieselbe gehört einer sehr achtbaren und hochgestellten Familie an. Frau v. P., den Verführungen ausgesetzt, vergaß, wie ihr Gemahl erzählt, bald ihre Pflichten, und am 5. Juli 1816 überraschte Herr v. P. seine Frau mit einem Offizier der Invasions-Armee, mit einem Russen! Eine schreckliche Scene erfolgte; der Mann und der Geliebte schlugen sich im Garten des Hotels auf Leben und Tod; kein Zeuge wohnte dem Kampfe an. Der Offizier wurde schwer verwundet. Herr v. P. ließ ihn nach seiner Wohnung bringen, nachdem man vorher für dieses seltsame Duell irgend einen beliebigen Vorwand gefunden hatte Seiner Frau dictirte Herr v. P. hierauf seine Befehle. Unter der Bedingung, daß sie sich in ihre Heimath zurückzöge, sich ihm nie mehr nähere, wollte er die Sache vor der Welt verschweigen. Zugleich verlangte er von ihr das schriftliche Geständniß ihres Fehlers; das ganz vergilbte Papier wurde bei der Verhandlung vorgelesen: „Ich erkläre, daß mein Mann mir das größte Unrecht vorzuwerfen hat, und daß dieses Unrecht die Scheidung zur Folge haben könnte. Ich erkläre ferner, daß wenn diese Scheidung nicht Statt findet, ich dieses seiner Güte verdanke. Paris, 15. Juli 1816. A. P...." Hr. v. P. will alle diese Umstände bis zum Tage, wo seine Frau auf Ehescheidung klagte, vor aller Welt verheimlicht haben, und läugnet aufs energischste alle Thatsachen, die man gegen ihn vorgebracht. Die ersten Richter sprachen sich zu Gunsten des Hrn. v. P. aus. Das Appellationsgerichte erklärte aber die beiden Eheleute für geschieden.

Angemeldete Fremde am 5. Februar 1867.

Hotel zum Kronprinzen. Die Herren: Gutsbes. v. Fiedler a. Pr. Stargardt, Görtz a. Cobbissau, Gutspächter Wilske a. Thorn, Eisenbahn-Controleur Embacher a. Breslau, Kaufl. Eyck a. Elbing, Schmidt a. Dresden, Otto a. Berlin.

Walters Hotel. Die Herren: Gutsbes. Lechelin a. Alt-Döllstädt, Landwirth Otto a. Königsberg, Kaufl. Schühler, Steinbrecher u. Salomon a. Berlin, Wilke a. Pillau, Zimmermstr. Schwanhausen a. Heppens.

Hotel de Berlin. Die Herren: Rittergutsbesitzer v. Bernuth a. Kamlau, Gutsbes. Krause a. Nichs b. Königsberg, Kaufl. Krakauer und Schwarzbach a. Hamburg, Uhtoff a. Leipzig, Jeschinski a. Halberstadt, Michelsohn u. Lachmann a. Berlin.

Hotel du Nord. Die Herren: Lieuts. im 1. Leib-Hus.-Regt. Nr. 1, v. u. z. Schachten und Vogel a. Pr. Stargardt, Rittergutsbes. Täubner nebst Gem. a. Bomben, Rentier Fröhlich a. Berlin, Director der Berl. Omnibus-Gesell. Rosenberg u. Director Busch aus Berlin, Kaufm. Krakowski a. Königsberg.

Stadttheater zu Danzig.

Donnerstag, den 7. Februar. (98. Abonnem.-Vorst.) Zum eilften Male: **Die alte Schachtel.** Posse mit Gesang in 3 Acten und 8 Bildern nach einem Stoffe von O. Berg, frei bearbeitet von E. Pohl, Musik von Bial,

Berichtigung.

In der No. 29 stehenden Todesanzeige der Frau Forstmstr. Arendt soll es statt Marienburg „Neuenburg" und statt Jegersleben „Imgersleben" heißen.

Druck und Commissionsverlag von A. W. Wendt in Danzig.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.